

**Neuwahlen
in Thüringen jetzt!**
DIE LINKE.

CDU spielt sich auf als Staatsmachtpartei

„(...) die CDU stellt sich hin und sagt, das interessiert uns alles gar nicht, wir lösen die Probleme einen Tag vor unserem Parteitag, bevor unsere wahlkämpfende Spitzenkandidatin in Amt und Würden kommt für die CDU und wir missbrauchen dazu den Thüringer Haushalt sowie die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und das Parlament wird abgeschaltet. (...) Wir haben den Antrag wirklich ernst gemeint und wir meinen ihn heute noch ernster, weil jetzt klar wird (...) hier gibt es eine gestalterische Mehrheit links von einer Partei, die sich als Staatsmachtpartei aufspielt und uns alle in Geiselschaft genommen hat.

Ich sage, das Verhalten dieser Landesregierung ist parlamentsunwürdig (...). Die CDU hat gestern Abend die Maske fallen lassen, sie ist die Staatsmachtpartei, die allein über das Steuergeld entscheidet nach Gutsherrenart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie diesem traurigen Spiel ein Ende! Haben Sie die Kraft, in diesem Hohen Haus deutlich zu sagen, die Landesregierung soll aufgefordert werden, zurückzutreten und darüber den Weg freimachen für Neuwahlen.“

Bodo Ramelow zum Antrag der LINKEN „Aufforderung zum Rücktritt“ am 22. November im Landtag. Video der Rede: <http://www.die-linke-thl.de/mediathek/video/youtube/>

„Damit wird der versteckte Rassismus noch verstärkt“

Zwei Jahre nach Aufdeckung des NSU – was hat sich verändert? Die unter diesem Titel veranstaltete Podiumsdiskussion auf der Tagung der Linksfraktion am 14. November im Thüringer Landtag, soviel sei vorweggenommen, markierte vor allem eine Vielzahl offener Probleme.

Sie wurden engagiert angesprochen von allen Teilnehmern im Podium: Mitat Özdemir, Vorsitzender der IG Keupstraße Köln (wo die NSU-Terroristen am 9.6.2004 eine Nagelbombe gezündet und 22 Menschen zum Teil schwer verletzt hatten), Sebastian Schneider vom NSU-Watch, einer unabhängigen Beobachtungsstelle für den Prozess in München, Dorothea Marx (SPD), Vorsitzende des Landtags-Untersuchungsausschusses, Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion und Mitglied im Untersuchungsausschuss, sowie Polizeidirektor Raymond Walk.

„Warum sind immer noch so viele Fragen offen?“, leitete der Journalist Axel Hemmerling auch gleich die Podiumsdiskussion ein, bei der Frau Marx betonte, sie warte „immer noch auf Entschuldigungen von Leuten, die damals Verantwortung getragen haben (...) bei der Vielzahl gravierender Fehler muss mehr kommen an Verantwortungsübernahme und Selbstkritik“.

Warum tut man sich so schwer, Fehler einzuräumen? Das sei schwierig mit der „Fehlerkultur“, er wisse nicht, ob die in Thüringen besonders gut ausgeprägt sei, meinte auch der Polizeidirektor Walk. Und: „NSU hat

uns dermaßen geschadet, wir müssen jetzt über viele Jahre das Vertrauen wieder aufbauen.“ Katharina König unterstrich: „Eine verschwindet geringe Minderheit der Zeugen im Untersuchungsausschuss übernimmt Verantwortung.“ Dabei war man „nicht blind: es gab viele Erkenntnisse in den Behörden“, so Marx – „warum diese nicht zu richtigen Schlüssen geführt haben, ist Sache der Aufklärung; der Grat ist schmal zwischen Nicht-Sehen und Nicht-Sehen-Wollen; wir brauchen Ehrlichkeit und Offenheit, keinen falschen Korpsgeist“.



Sebastian Schneiders Forderung nach Einsicht der Behörden, dass es institutionellen Rassismus gibt, sorgte für eine leidenschaftliche Diskussion auch mit dem Publikum. „Ja, selbstverständlich ist Thüringen rechts“, „sehr rechts“, das habe ja auch die Erhebung der politischen Einstellung über den Thüringen-Monitor ergeben. Katharina König verwies auf verschiedene andere Studien, dass Thüringen „nicht rechter als andere Bundesländer auch ist“ – und „rassistisch, siehe Umgang mit Flüchtlingsheimen in den letzten Wochen“. Raymond Walk wollte jedoch

„energisch dem Eindruck entgegenreten“, dass die Polizei rechts sei und „deutlich machen, dass wir es mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus ernst meinen“. Er verwies auf Umstellungen in der Ausbildung. Herr Özdemir sprach von einer „kranken Politik, die gemacht wird“ – eine Politik, die eigentlich nicht aufklären wolle – damit werde der „versteckte Rassismus“ noch verstärkt.

„Rassismus ohne Fremde im Land, das hat mich immer schockiert“, sagte Dorothea Marx. Wie könne man von gefährlicher Überfremdung reden bei einem Ausländeranteil von 1,2 Prozent? „Rechte Ideologie und Rassismus kommen aus der Mitte der Gesellschaft.“

Die Migrationspolitikerin der Linksfraktion Sabine Berninger warnte jedoch, die diffusen Ängste seien unabhängig vom Ausländeranteil. Und Katharina König, die dies ausdrücklich bekräftigte, gab zu bedenken:

„Es gibt zu wenig positive Alltagserfahrung mit Menschen mit Migrationshintergrund“. Thüringen müsse „Anreize schaffen für eine positive Willkommenskultur“.

Auch von fehlenden Integrationsstrukturen war die Rede an diesem Abend, den Mitat Özdemir auf seine Weise auf den abschließenden Punkt brachte: „Die Menschen sollten sich auf gleicher Augenhöhe betrachten, das ist sehr wichtig, aber wenn man von oben nach unten sieht, dann haben wir ein Problem.“

Annette Rudolph
Foto: Peter Lahn

FRAKTION IN AKTION

Landesbeauftragte

Bislang hat es neben den männlichen Beauftragten für Datenschutz, für Menschen mit Behinderungen und für das Zusammenleben der Generationen vier weibliche Landesbeauftragte gegeben. Diese Zahl wurde mit der Wahl des Bürgerbeauftragten sowie des Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 22. November im Thüringer Landtag um die Hälfte gekürzt. Übrig bleiben lediglich die Ausländer- und die Gleichstellungsbeauftragte.

„Das ist gelebte Geschlechterdiskriminierung“, erklärte dazu Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Damit zeigen CDU und SPD mit ihrer Landesregierung einmal mehr, dass die Frauenförderung in Thüringen keinen Pfifferling wert ist.“

Gegen Stromtrasse

Die Bürgerinitiativen gegen den Bau der 380-kV-Trasse durch den Thüringer Wald – nach wie vor engagiert unterstützt von der LINKEN Landrätin des Ilm-Kreises Petra Enders – geben auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juli zur Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses nicht auf und sehen in der Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht ein wichtiges Mittel, die Notwendigkeit des Trassenbaus erneut zu hinterfragen. Im Vorfeld einer Pressekonferenz, getragen auch vom LINKE-Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow, wurde auf ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags verwiesen, das zum Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen bereits im Jahr 2009 verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet hatte.

Jetzt Plan Bildung!

Bildungskonferenz

Die Thüringer Bildungslandschaft ist im Wandel und hat zum Teil mit erheblichen Problemen zu kämpfen.

Mit dieser Konferenz möchte die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Beitrag in der aktuellen Bildungspolitik im Freistaat leisten und sich über Möglichkeiten und Ziele im Bildungswesen intensiv austauschen.

Wir sind der Überzeugung, dass Thüringen einen Plan B, einen Plan für ein geschlossenes, emanzipatorisches und demokratisches Bildungswesen, dringend nötig hat.

**Samstag, 07. Dezember 2013
9.00 - 18.00 Uhr**

**Integrierte Gesamtschule Erfurt
Wendenstraße 23, 99086 Erfurt**



DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de